

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 11.10.2022

„Verdächtige nach Straßenraub verurteilt?“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgende Frage in der Fragestunde zum Thema „Verdächtige nach Straßenraub verurteilt?“ gestellt:

1. Inwieweit konnten im Falle eines Straßenraubs bei dem eine Personengruppe einem 29-Jährigen seine Goldkette und Armbanduhr in Bremen-Mitte am 25.09.2021 in der Nacht von Freitag auf Samstag um 02:20 Uhr raubte (Polizeimeldung 720) alle Tatbeteiligten von der Polizei ermittelt werden?
2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen bei den Tatverdächtigen (Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe etc.) und konnten die Tatverdächtigen ggf. inhaftiert werden?
3. Inwieweit sind die Tatverdächtigen seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die Polizei Bremen konnte zwei Personengruppen unmittelbar nach der Tat in Tatortnähe antreffen, auf die die Personenbeschreibung der Täter zutraf. Drei Beteiligte aus einer dieser Personengruppen wurden in der Folge als Beschuldigte erfasst.

Zu Frage 2:

Die Ermittlungen dauern gegenwärtig an. Ein dringender Tatverdacht gegen die Beschuldigten konnte bislang nicht begründet werden.

Zu Frage 3:

Einer der in der Antwort auf Frage 1 benannten Beschuldigten ist nach Kenntnis des Senats seit der Tat sechs Mal strafrechtlich in Erscheinung getreten. Bei diesen Taten handelte es sich um vier Gewalt- und zwei Eigentumsdelikte.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Beschuldigten sind ausnahmslos männlich.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Vorlage wurde mit der Senatorin für Justiz und Verfassung abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 07.10.2022 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.